

Was tun bei Hass-Mails und Morddrohungen?

sh:z Nordfriesland Tageblatt 01.11.2022

Immer mehr Kommunalpolitiker und Ehrenamtliche betroffen / Rechtsextreme auch in Nordfriesland

Lilly Nielitz-Hart

Per Mail, Telefon und live: Verantwortliche in der Kommunalpolitik, Verwaltungskräfte aber auch Ehrenamtler sind verstärkt Angriffsziel für Einschüchterungsversuche oder sogar tätliche Angriffe aus der rechtsextremen Szene geworden. In einem Seminar in der Nordsee-Akademie in Leck hat das Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Flensburg (RBT) jetzt Wege gezeigt, wie Betroffenen Erscheinungsformen und Strategien der extremen Rechten erkennen und dazu Stellung beziehen können.

Aus 41 Prozent aller Kommunen in Schleswig-Holstein habe es in den letzten Jahren Rückmeldungen über Angriffe und Bedrohungen gegen Mitarbeiter gegeben, teilten die Seminarleiter im Rahmen der Veranstaltung mit. Bereits seit der Flüchtlingskrise 2015 sei eine Zunahme dieser Angriffe zu vermerken, die Coronakrise und zuletzt der Ukrainekrieg hätten dies noch verstärkt. Jeden fünften Tag würde demnach eine Körperverletzung aus rechtsextremen Motiven gemeldet. Viele Fälle blieben unentdeckt, denn die Dunkelziffer sei hoch.

Sabotage am Auto: Radmuttern gelöst

Die Angriffe können verbal oder in Form von Hass-E-mails erfolgen. Es gebe aber auch gezielte Angriffe, wie zum Beispiel gegen einen Kommunalpolitiker des SSW (Südschleswiger Wählerverband) aus



Drohungen im Mailpostfach sind keine Seltenheit.

Symbolfoto: Christin Klöse/dpa-tmn

Schafflund 2019: Bei dessen Auto waren die Radmuttern gelöst worden. In verschiedenen anderen Bundesländern sei es zu Morddrohungen gegen Kommunalpolitiker und 2019 sogar zum Mord am Regierungspräsidenten von Kassel, Walter Lübke gekommen.

Unter den Seminarteilnehmern waren Vertreter verschiedener Parteien, Mitarbeiter in örtlichen Verwaltungen, aber auch Ehrenamtler, die sich zum Beispiel bei historischen Einrichtungen wie der KZ-Gedenk und Begegnungsstätte Ladelund oder der Neubürger-Integration engagieren. Sie bestätigten, dass sie inzwischen im Arbeits-Alltag oft mit „deplatzierten, rassistischen Äußerungen“ oder aggressiven Parolen konfrontiert würde, die verängstigen. Oft wüssten sie dann nicht, wie

sie mit diesen Situationen umgehen sollen. Einige der kommunalpolitischen Vertreter befürchteten, dass sich das Problem nach den im nächsten Jahr anstehenden Kommunalwahlen noch verstärken könne, wenn Mitglieder rechtsorientierter Parteien in die Stadtvertretungen gewählt werden.

Wie die Seminarleiter erklärten, wollen rechtsextreme Parteien und Gruppierungen dort wo Menschen sich für das Gemeinwohl einsetzen, mit Bedrohungen und Anschlägen ein Klima der Angst schaffen. Das Vorgehen der Rechten dabei einfach zu ignorieren, helfe demnach nicht. Es sei stattdessen immer wichtig, gegen solche Angriffe deutlich Stellung zu beziehen: „Ein Ignorieren von solchen Äußerungen oder solchen Taten nützt nur den Rechts-

extremen“, so die Seminarleiter, „wenn rassistische Äußerungen unkommentiert bleiben, wird das als Zustimmung gewertet und es können Taten folgen“.

Ländliche Gebiete besonders gefährdet

Als Orientierungshilfe für die besonderen Erscheinungsformen rechtsextremer Gruppen im ländlichen Raum, gaben die Seminarleiter einen Überblick über verschiedene rechtsextreme Gruppierungen und deren Symbole, Flaggen oder Parolen.

„Allen Ideologien dieser Gruppierungen liegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen zugrunde“, so die Seminarleiter. Man werte bestimmte Gesellschaftsgruppen aufgrund ihrer Rasse, ihres Geschlechts oder ihrer

Religion ab, um sich selbst dadurch aufzuwerten. Die Ideologien Völkischer Siedlergruppen, die die Bildung rassenreiner Gemeinschaften anstrebten, gingen teils auf die Zeit der Weimarer Republik zurück, teilweise sähe man sich als Nachfolgeorganisationen von Jugendorganisationen aus der NS-Zeit. Hinzu kämen demnach Verschwörungstheorien, wie der Glaube an eine geplante „Umvolkung“ durch Einwanderer, bis hin zur kompletten Ablehnung des Rechtsstaates.

Gerade in ländlichen Gebieten, wo Dorfgemeinschaften absterben, weil es keine zentralen Orte der Begegnung mehr gibt, fänden völkische Siedlergruppen einen Ansatzpunkt, indem sie Immobilien aufkauften und ihre Gemeinschaften dort nach und nach etablier-

ten. Auch in Schleswig-Holstein habe es bereits Anfragen an Kommunen wegen leerstehender Immobilien gegeben, wie die Seminarleiter erklärten. Hier sei es wichtig, die Zivilgesellschaft zu mobilisieren, um rechtsextreme Gruppierungen zu erkennen und Initiativen zu ergreifen.

Verwaltungen bei Prävention gefordert

Bei Angriffen und Bedrohungen sei es im konkreten Fall wichtig, dass sich die Gemeindevertretung geschlossen hinter die betroffenen Personen stelle. Menschen mit Signalfunktion, wie zum Beispiel Politiker aus dem Landkreis, sollten immer öffentlich dagegen positionieren. Auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit und eine Auseinandersetzung mit dem Thema in der Presse sei wichtig.

Präventiv könnten Verwaltungen Strukturen schaffen, zum Beispiel mit einer zuständigen Person auf dem Amt, an die Verwaltungsmitarbeiter Hass-E-mails oder ähnliches weiterleiten können. Wenn das nicht möglich sei, solle man sich zügig an die entsprechenden Beratungsstellen, wie das RBT wenden.

• Das Regionale Beratungsteams gegen Rechtsextremismus Flensburg arbeitet menschenrechtsorientiert und die Mitarbeiter des mobilen Teams sind vertrauliche Ansprechpartner. Träger des RBT ist die Aktion Kinder- und Jugendschutz AKJS SH sowie der Landesverband SH der Arbeiterwohlfahrt AWO. Telefon 0461 48065160 oder www.rbt-sh.de